

SPD	CDU	Die Linke	Grüne	FDP
1. Welche Möglichkeiten sehen Sie, Gleichwertigkeit von Stadt und Land herzustellen?				
Auch in den ländlichen Räumen braucht es attraktive Infrastruktur und Daseinsvorsorge: bezahlbares Wohnen, Ausbau des schnellen Internets, keine Krankenhausschließungen, dafür ein Modellprojekt für Gemeindegewestern. Die meisten Hidden Champions der Wirtschaft kommen aus dem ländlichen Raum – sie werden wir fördern.	- Erhöhung der Landarztquote - Erhöhung der Zahl der Medizinstudienplätze - Beschleunigung des Mobilfunkausbau im ländlichen Raum - Erschließung letzter Meile im ÖPNV-Angebot durch flächendeckende Sharing-Angebote - ÖPNV-Ausbau für jede Kommune ab 20.000 Einwohner	Wir wollen gleich gute Lebensverhältnisse herstellen. Das bedeutet u.a. massiver Ausbau des öffentlichen Verkehrs, flächendeckende Versorgung mit Krankenhäusern und Arztpraxen, gute und gut erreichbare Kitas und Schulen ohne Gebühren mit kostenlosem Mittagessen.	Mobilität, Energiewende, Digitalisierung: Viele Herausforderungen stellen sich im Ländlichen oft größer dar als im Urbanen. Der Breitbandausbau ist beispielhaft dafür, dass die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse wirtschaftlichen Interessen nicht untergeordnet werden darf.	Der ländliche Raum muss attraktiv für Wohnen und Arbeit bleiben. Wichtig sind eine Verbesserung der Infrastruktur, die Stärkung eines modernen ÖPNV-Angebots, der Abschluss des Gigabit-Ausbaus, eine wohnortnahe gesundheitliche Versorgung und die Stärkung kultureller Angebote vor Ort.

SPD	CDU	Die Linke	Grüne	FDP
2. Wie kann ihrer Meinung nach echte Jugendbeteiligung gerade im ländlichen Raum ermöglicht werden?				
Junge Menschen können nur mitentscheiden, wenn sie Gestaltungsmacht erhalten. Wir werden mit ihnen gemeinsam eine Jugendstrategie mit niedrigschwelligen Beteiligungsformaten entwickeln und einen Jugendcheck etablieren. Jugendbeteiligung gehört verbindlich in die Gemeindeordnung.	Wir verstärken die Teilhabe und die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen am politischen Gemeinwesen, wenn es um ihre Interessen geht. Wir werden einen differenzierten Aktionsplan „Jugendbeteiligung in Nordrhein-Westfalen“ erarbeiten und umsetzen.	Jugendliche sollen erheblich mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten als bisher. Wir wollen das Wahlrecht ab 14 durchsetzen. Bei allen sie betreffenden Entscheidungen müssen Jugendliche einbezogen und gehört werden. In den Schulkonferenzen sollen Schüler:innen 50 % der Stimmen erhalten.	Wir wollen Jugendbeteiligung stärken und ernst nehmen, wem die Zukunft gehört. Durch Kommunale Jugendräte oder Befragungen von Jugendlichen können Jugendliche vor Ort partizipieren. Auf Landesebene werden wir die Absenkung des Wahlalters und eine Jugendstrategie voranbringen.	Wir wollen allen Jugendlichen echte Beteiligung ermöglichen – unabhängig davon, ob sie in einer Großstadt oder im ländlichen Raum leben. Darum wollen wir vor allem das passive Wahlalter bei Kommunal- sowie das aktive Wahlrecht bei Landtagswahlen auf 16 Jahre herabsetzen.

SPD	CDU	Die Linke	Grüne	FDP
3. Ist Vielfalt ein politisches Thema? Wie wird das in Ihrer Partei sichtbar/erfahrbar?				
Wir stehen für eine offene und plurale Gesellschaft. Diese Haltung werden wir im öffentlichen Dienst leben und die interkulturelle Öffnung der Verwaltung vorantreiben. Außerdem setzen wir uns für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft ein. Wir werden eine Antidiskriminierungsstelle des Landes einrichten.	Keine Landesregierung hat mehr für den Schutz, die Unterstützung und die Sichtbarkeit von Vielfalt und queeren Leben in NRW getan, z. B. durch einen inhaltlich weiterentwickelten Landesaktionsplan oder den Angeboten für LSBTIQ*-Jugendlichen. Da werden wir weitermachen.	DIE LINKE setzt sich für eine Gesellschaft ohne Diskriminierung ein, in der Vielfalt normal ist. In unserer Partei sind Menschen mit Migrationsgeschichte präsent von der Landesspitze bis zu den Kreisverbänden. Diversität ist ein wichtiges Thema für uns.	Sprache schafft Bewusstsein, deshalb nutzen wir eine inklusive Sprache. Unser Vielfaltsstatut trägt innerparteilich zu mehr politischer Teilhabe und Repräsentanz bei. Wir wollen darüber hinaus ein Landesantidiskriminierungsgesetz und -antidiskriminierungsstelle für NRW schaffen.	Eine offene Gesellschaft lebt von Vielfalt, die sich auch in unserer Partei widerspiegelt. Wir stärken die Menschen in ihrer Individualität unabhängig von Herkunft, Glauben oder sexueller Identität. Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität treten wir entschieden entgegen.

SPD	CDU	Die Linke	Grüne	FDP
-----	-----	-----------	-------	-----

4. Bestandsschutz und Bestandsmodernisierung vor Neubau: Wie steht ihre Partei zu dem Thema und was gibt es für Herausforderungen?

Wir starten ein Programm „Umbau statt Neubau“, denn häufig ist der Umbau ressourcen- und umweltschonender. Wir wollen Landwirtschaftsfläche in der Raumordnung mit einem Schutzstatus versehen, generell sowie ausdifferenziert nach ökologischer Wertigkeit / Ertragsfähigkeit der Böden. Das 5 ha-Ziel führen wir wieder ein.

Für uns ist das keine Entscheidungsfrage. Denn grundsätzlich gilt, die Wohnbedingungen müssen zu den Ansprüchen passen. Angebot und Nachfrage sind landesweit nicht einheitlich. Daher fördern wir sowohl die Bestandssanierung als auch den Neubau.

Wir stimmen zu. Wir wollen preiswerte Wohnungen erhalten statt Abriss oder Neubau, Sanierungsstau bekämpfen, der langfristig zum Verlust bezahlbaren Wohnraums führt und Bestände wie etwa leerstehende Büro-/Gewerbeflächen umnutzen und mit dauerhafter Mietpreisbindung vermieten.

Schon aus Klimaschutzgründen ist es wichtig, wo möglich Gebäude zu erhalten statt neu zu bauen. Auch sollten keine neuen Flächen versiegelt, sondern mehr im Innenbereich verdichtet und Baulücken geschlossen werden. Dem „Donut-Effekt“ in Dörfern muss aktiv entgegengewirkt werden.

Wir wollen den Wohnungsbau sowohl durch Neubau als auch durch Wohnraumschaffung im Bestand vorantreiben und setzen dabei auf eine echte Um- und Ausbaurkultur. Zahlreiche bauordnungsrechtliche Hindernisse haben wir bereits beiseite geräumt, um weitere Potenziale für Dachausbau und Nachverdichtung zu realisieren.

SPD	CDU	Die Linke	Grüne	FDP
-----	-----	-----------	-------	-----

5. Wie wollen Sie die heimischen Landwirt:innen unterstützen, um ein Angebot mit regionalen Produkten zu ermöglichen, aufrecht zu erhalten bzw. zu steigern?

Die SPD setzt sich für eine regionalere Landwirtschaft ein. Über die Vergabepraxis der Gemeinschaftsverpflegungen schaffen wir für diese einen großen Markt. Wir müssen Verarbeitungsstrukturen in den Regionen halten und dezentral ausbauen und kurze Wertschöpfungsketten schaffen. Dabei helfen regionale Wertschöpfungscentren.

Wir verbessern die Sichtbarkeit regionaler Produkte, indem wir das Regionalfenster weiterentwickeln und ein Marketing für Nahrungsmittel „Made in NRW“ aufbauen. Dazu: mehr Digitalisierung und Planungssicherheit, weniger Dokumentationsaufwand und Grunderwerbssteuer für Landwirte.

Wir unterstützen die solidarische Landwirtschaft als eine Möglichkeit, ökologisch hochwertige Lebensmittel ortsnah für alle zugänglich zu machen und gleichzeitig gute Arbeitsbedingungen und ein faires Einkommen zu gewährleisten.

Wir wollen eine Ernährungsstrategie erstellen und die Außer-Haus-Verpflegung in in Schulen, Kitas und anderen Kantinen neu ausrichten. So werden wir die regionale Landwirtschaft fördern, eine vielfältige Kulturlandschaft erhalten und eine gesunde Verpflegung für uns und unsere Kinder sicherstellen.

Die Landwirtschaft ist für uns systemrelevant. Wir haben deshalb die Enquetekommission zur Zukunft der Landwirtschaft im NRW-Landtag initiiert. Wir setzen uns z.B. dafür ein, dass die vom Land betriebenen Kantinen vor allem die Regionalität von Lebensmitteln beachten und unterstützen eine bessere Regionalvermarktung heimischer Produkte.

SPD	CDU	Die Linke	Grüne	FDP
-----	-----	-----------	-------	-----

6. Der ÖPNV ist für den ländlichen Raum keine Alternative zum Auto. Wie wollen Sie die Anbindung an urbane Strukturen stärken und Anreize für innovative Mobilitätskonzepte schaffen?

Wir wollen verlässliche, bezahlbare und ökologisch sinnvolle Mobilität in Nordrhein-Westfalen schaffen. Dieser Mobilisierungsschub soll an den ländlich geprägten Räumen des Landes nicht vorbeigehen. Deshalb werden wir die Erreichbarkeit von ÖPNV- und SPNV-Angeboten für jeden Menschen im Land per Mobilitätsgarantie, das heißt ab der eigenen Haustür bis zum nächsten Anknüpfungspunkt öffentlicher Verkehrsinfrastruktur, gewährleisten.

Wir setzen auf eine ÖPNV-Offensive, den flächendeckenden Ausbau des Bus- und On-Demand-Angebots, auf flächendeckende Sharing-Angebote, Investitionen in die landeseigenen Straßen und den Ausbau des ÖPNV mit einer Schienen- oder Schnellbusanbindung für jede Kommune ab 20.000 Einwohnern.

Wir fordern einen landesweiten Verkehrsverbund zur Koordination des Nah- und Regionalverkehrs, die Einführung eines möglichst dichten „NRW-Takts“ nach dem Vorbild der Schweiz und ein einheitliches NRW-Ticket. Das ÖPNV-Netz muss im ländlichen Raum zügig massiv ausgebaut werden.

Wir wollen eine Mobilitätsgarantie für ganz NRW, damit alle und nicht nur Autofahrer*innen überall mobil sein können. Mobilitätsangebote wie Car- und Ride-Sharing können auch auf dem Land eine Alternative zum eigenen Auto bieten, dafür braucht es entsprechende Anreize und Förderung.

Wir setzen uns für eine kundenorientierte Entwicklung der Haltepunkte insbesondere in ländlicheren Regionen und eine bessere Verknüpfung mit anderen Verkehrsträgern ein. Streckenreaktivierungen werden wir prüfen. Zudem sehen wir auch große Chancen bei On-Demand-Verkehr, Ride-Sharing, Mobilstationen, Care- und Bike-Sharingangebote und anderen flexiblen Alternativen.

SPD	CDU	Die Linke	Grüne	FDP
-----	-----	-----------	-------	-----

7. Welche Beteiligungsmöglichkeiten für Junglandwirt:innen in der Landespolitik gibt es in Ihren Augen bereits jetzt schon und wie könnten diese weiter ausgebaut/gefördert werden?

Die SPD möchte Ernährungspolitik stärker kommunal verankern. Wir unterstützen Ernährungsräte, Regionalwert AGs, Solawis, Erzeugergemeinschaften usw. Wir wollen Junglandwirt:innen direkt fördern: denkbar sind eine über die GAP finanzierte Niederlassungsprämie oder ein fester Anteil (4 Prozent) der Direktzahlungen.

Der Kontakt zur Politik besteht und es werden regelmäßig Gespräche geführt. Daneben haben unsere Abgeordneten stets ein offenes Ohr für Ideen und konstruktive Kritik. Dafür gibt es zahlreiche Gespräche, Veranstaltungen, Stellungnahmen etc.

Wir wollen ein Landesprogramm zur Förderung von Projekten der solidarischen Landwirtschaft. Eine hierfür einzurichtende Agentur hilft dabei, interessierte Menschen und Landwirt:innen zusammen zu bringen, unterstützt bei der Suche nach geeigneten Flächen und berät in der Startphase.

Jugendliche und ihre Verbände werden noch zu wenig als Ansprechpartner angesehen, das hat uns auch die Pandemie gezeigt. Deswegen braucht es ein Umdenken. Wir werden Jugendverbandsarbeit und Jugendbeteiligung stärken, damit die Belange von jungen Menschen gesehen werden.

Viele junge Menschen unter 18 engagieren sich politisch und sind kommunalpolitisch aktiv. Aus diesem Grund wollen wir das passive Wahlrecht bei Kommunalwahlen sowie das aktive Wahlrecht bei Landtagswahlen auf 16 Jahre herabsetzen. Wir wollen bessere, moderne Beteiligungsmöglichkeiten schaffen, damit mehr Menschen unser Gemeinwesen mitgestalten.

SPD

CDU

Die Linke

Grüne

FDP

8. Auf dem Land sind noch viele Orte ohne schnelles Internet oder Mobilfunk. Wie wollen Sie diese weißen Flecken auflösen und bis wann?

Gemeinsam mit dem Bund wollen wir für schnelle Verwaltungs-, Planungs- und Genehmigungsverfahren sorgen. Unser Ziel ist es, die Verfahrensdauer mindestens zu halbieren. Dadurch treiben wir auch den flächendeckenden Gigabit- und 5G-Ausbau konsequent und zügig voran.

NRW hat beim gigabitfähigem Netz stark aufgeholt. Bis Ende 2024 werden wir eine nahezu vollständige 5G-Versorgung in NRW erreichen und bis 2025 das „Double Gigabit“ umsetzen. Mobilfunkkoordinatorinnen und -koordinatoren werden im ländlichen Raum den Mobilfunkausbau weiter beschleunigen.

Wir fordern ab sofort einen konsequenten Ausbau mit Glasfasertechnologie als öffentliche Pflichtaufgabe: Glasfaserleitungen müssen bis in jedes Haus führen. Nur so schaffen wir den Einstieg in das Gigabit-Netz der Zukunft. Die Netze gehören in gemeinnützige oder kommunale Hand.

Bis Ende des Jahrzehnts wollen wir ein flächendeckendes Glasfasernetz erreichen und bereits früher ein flächendeckendes 5G-Netz. Genehmigungen für neue Leitungen und Masten beschleunigen wir und setzen gezielt Fördermittel ein, damit auch der ländliche Raum abgedeckt wird.

Um den Bürgerinnen und Bürgern in allen Landesteilen gleiche Zugangschancen zu ermöglichen, wollen wir den Gigabitausbau bis an jede Milchkanne bis 2025 abschließen. Die Schließung der letzten verbleibenden weißen Flecken im Mobilfunknetz sowie den Ausbau von 5G wollen wir entschieden vorantreiben.